



Sehr geehrte Damen und Herren,

in der heutigen Sitzung des Bundesrates wurde in Anwesenheit des israelischen Botschafters Ron Prosor der Opfer des Terrorangriffs auf den Staat Israel gedacht. Hessen hatte zuvor einen Entschließungsantrag mit dem Titel „Deutschland steht fest an der Seite Israels“ eingebracht, dem alle Länder beigetreten waren.

Im Anschluss beriet die Länderkammer über Gesetzentwürfe der Bundesregierung, unter anderem das Wachstumschancengesetz, die Bestimmung Georgiens und der Republik Moldau als sichere Herkunftsstaaten sowie über die Selbstbestimmung beim Geschlechtseintrag. Gesetzentwürfe aus den Ländern wurden ebenfalls behandelt, etwa zur Ahndung von Volksverhetzung durch Beschäftigte des Staates, zu höheren Strafen bei Angriffen auf Ehrenamtliche sowie zur rechtssicheren Nutzung von Solaranlagen in Kleingärten.

Was gab es noch? Seit Oktober hat Hessen die Präsidentschaft der Konferenz der Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten (MPK) inne. In dieser Woche war die Hessische Landesvertretung deshalb Gastgeber der Konferenz der Chefs der Staatskanzleien, die regelmäßig die MPK vorbereiten.

Ich wünsche Ihnen erholsame Herbstferien.

Ihre Lucia Puttrich

Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und  
Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund

## BUNDESRAT - Plenarsitzung am 20. Oktober 2023



© Bundesrat | Janine Schmitz

### Gesetzentwurf der Bundesregierung

#### Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Wachstumschancen, Investitionen und Innovation sowie Steuervereinfachung und Steuerfairness (Wachstumschancengesetz)

Die Länder haben sich mit dem Entwurf des Wachstumschancengesetzes befasst und eine umfangreiche Stellungnahme verabschiedet. Mit dem Gesetzentwurf verfolgt die Bundesregierung das Ziel, Deutschland auf dem Weg zu einer klimaneutralen Wirtschaft weiter voranzubringen und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts zu stärken. Dafür sind jährliche Entlastungen für die Wirtschaft von rund sieben Milliarden Euro bis 2028 geplant. Um die Wachstumschancen der deutschen Wirtschaft zu erhöhen, sollen eine Reihe von punktuellen Maßnahmen ergriffen werden. U. a. ist eine befristete Einführung einer degressiven Abschreibung für Wohngebäude in Höhe von sechs Prozent ab dem 1. Oktober 2023 geplant. Ferner soll die bereits im Koalitionsvertrag vereinbarte Klimaschutz-Investitionsprämie Gesetz werden. Schließlich ist eine Meldepflicht für nationale Steuergestaltungen vorgesehen.

>>> [mehr unter Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)



© Bundesrat | Janine Schmitz

### Gesetzentwurf der Bundesregierung

#### Entwurf eines Gesetzes zur Bestimmung Georgiens und der Republik Moldau als sichere Herkunftsstaaten

Der Bundesrat hat den Gesetzentwurf im 1. Durchgang beraten. Der Entwurf sieht vor, Georgien und Moldau in die Liste der sicheren Herkunftsstaaten aufzunehmen, damit Asylverfahren schneller bearbeitet und - nach einer negativen Entscheidung über den Asylantrag - der Aufenthalt in Deutschland schneller beendet werden kann. In der Begründung zum Gesetzentwurf heißt es, dass damit Deutschland als Zielland für Asylantragstellende aus Georgien und Moldau unattraktiver werde.

>>> [mehr unter Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)



© Bundesrat | Janine Schmitz

## Länderinitiative

### Planungsrechtliche Sonderregelungen zur Schaffung von Unterkünften für Flüchtlinge - vorzeitige Verlängerung der Geltungsdauern sowie Ausdehnung der Befristungsvorgaben in § 246 BauGB

Der Bundesrat hat sich heute mit der Planung von Wohnraum für geflüchtete Menschen auseinandergesetzt. Er verabschiedete dazu einen Entschließungsantrag. Die Länder bitten um berechenbarere rechtliche Rahmenbedingungen zur Schaffung von Unterbringungsmöglichkeiten von Flüchtlingen. Das Baugesetzbuch enthält ein umfangreiches Instrumentarium zur vereinfachten Schaffung von Unterkünften für Flüchtlinge oder Asylbegehrende. Die Kommunen können diese Erleichterung jedoch nur unter Beachtung gesetzlicher Anwendbarkeitsfristen und weiterer Befristungsvorhaben in Anspruch nehmen. Mit der Entschließung wird die Bundesregierung gebeten, die Befristung dieser Möglichkeiten zu verlängern, um langfristig eine angemessene Unterbringung zu ermöglichen.

>>> [mehr unter Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)

## Die Hessische Landesvertretung - ein Treffpunkt in Berlin

### Tag der offenen Tür 2023



© HLV Berlin | Simone M. Neumann

Am Tag der Deutschen Einheit öffnet die Hessische Landesvertretung Berlin traditionell ihre Türen. Rund 12.000 Gäste folgten der Einladung von Staatsministerin Lucia Puttrich: Das ist ein neuer Besucherrekord! Das erlebnisreiche und vielseitige Programm hatte einiges zu bieten, wie etwa Zeitzeugengespräche zur deutsch-deutschen Geschichte, die Ausstellung prämierter Konzepte des Staatspreises Universelles Design, eine Erntedank-Andacht, ein Kinderfest mit Abenteuerspielplatz, easy listening mit dem Stabsmusikkorps der Bundeswehr und dem ukrainisch-argentinischen Duo Pablo und Sofia sowie Sicherheits-Tipps vom Polizeipräsidium Mittelhessen.

>>> [mehr zu Veranstaltungen](#)



© HLV Berlin | Simone M. Neumann

## TERMINVORSCHAU

### Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 24. November 2023 erneut zusammentreten.

### Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 6. bis 10. November 2023 statt.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben, dann klicken Sie bitte auf folgenden [Abmeldelink](#). Ihre Daten werden danach bei uns gelöscht.

Korrekturen Ihrer Kontaktdaten können Sie gerne an [veranstaltungen@lv.hessen.de](mailto:veranstaltungen@lv.hessen.de) senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, [datschutzbeauftragter@lv.hessen.de](mailto:datschutzbeauftragter@lv.hessen.de).

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 3., 4., 5. v.l.), ©Bundesrat | Sascha Radke (2.v.l.)

In den Ministergärten 5  
10117 Berlin